



Hauptstadtbrief

von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 115

Nachrichten und Notizen

14.06.2013

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde,

am späten Donnerstagabend hat der Bundestag über die Etablierung einer europäischen Bankenaufsicht abgestimmt. Ich habe gegen das Gesetz gestimmt. In einer persönlichen Erklärung habe ich mein Abstimmungsverhalten dargelegt.

Erklärung zur Abstimmung

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll der deutsche Vertreter im Europäischen Rat ermächtigt werden, dem „Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank“ (SSM-Verordnung) zuzustimmen. Mittels dieser sogenannten SSM-Verordnung sollen Aufgaben im Bereich der Bankenaufsicht, die bisher auf nationaler Ebene erfolgten, von der EZB wahrgenommen werden.

Ich lehne die einheitliche europäische Bankenaufsicht ab, weil ihre Errichtung - zumindest in den Augen unserer europäischen Partner - allein zur Ermöglichung einer direkten Rekapitalisierung bankrotter Banken aus dem Europäischen Schuldenmechanismus ESM erfolgt. Die Bankenaufsicht ist ein weiterer Schritt zur Schuldenvergemeinschaftung in Europa. Die Aufstellung einer europäischen Bankenaufsicht würde normalerweise Jahre in Anspruch nehmen. Nur der Druck der Märkte, immer neues Geld an insolvente Staaten und Banken zu geben, kann die Etablierung der

Bankenaufsicht in diesem Hauruckverfahren erklären.

Obwohl von Seiten der Regierung betont wird, für eine direkte Bankenrekapitalisierung bestünden noch diverse rechtliche Hürden, wird unter Hochdruck an den Richtlinien zur direkten Bankenrekapitalisierung gearbeitet. Den Abgeordneten des Bundestages wurden bereits detaillierte Modelle – im Entwurfstatus – übersandt. Demzufolge sollen angeschlagenen Banken bis zu 70 Mrd. Euro direkt aus dem ESM zur Verfügung gestellt werden. Dass solche "Obergrenzen" im Bedarfsfalle spielend erhöht werden, ist eine ständige Erfahrung der letzten drei Jahre "Eurorettungspolitik". Mit zwei in den Dokumenten vorgestellten Hebelmodellen könnte diese Summe um ein Vielfaches erhöht werden. Ich habe keine Zweifel, dass bereits an der Beseitigung dieser letzten rechtlichen Hürden gearbeitet wird. Wäre dies nicht so, würden die uns übersandten Unterlagen zur direkten Bankenrekapitalisierung keinen Sinn ergeben.

Wie Hans-Werner Sinn und Harald Hau in einem beachtenswerten Gastbeitrag in der FAZ vom 21. Januar 2013 vorrechneten, summieren sich die Schulden der Banken aus den sechs am heftigsten von der Euro-Krise betroffenen Staaten auf 9.400 Milliarden Euro. Der ESM umfasst mit seinen 700 Mrd. Euro nicht einmal ein Zehntel dieser Summe. Leider werden solche Stimmen aus der Wissenschaft im Kreise der Rettungsideologen nicht gehört.

Am Mittwoch war mit Yves Mersch ein Mitglied des EZB-Direktoriums zu Gast im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Ich hätte gerne ein paar kritische Nachfragen an

Herrn Mersch gerichtet, doch leider war die Zeit so knapp kalkuliert, dass nicht alle Ausschussmitglieder sich mit ihren Fragen und Anmerkungen zu Wort melden konnten. Eine verantwortungsvolle Befassung sieht anders aus.

Herr Mersch konnte Zweifel an einem Zielkonflikt innerhalb der EZB nicht ausräumen: Indem die EZB die oberste Bankenaufsichtsbehörde innerhalb der Europäischen Union wird, ist sie gleichzeitig Aufseher und Richter über die europäischen Banken und damit automatisch auch Richter über sich selbst. Sie kann nicht frei entscheiden. Die EZB hat bereits etwa 900 Mrd. Euro Sonderkredite zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten an die Banken der sechs Krisenländer vergeben. Würde sie eine Bank vom Markt nehmen, der sie zuvor Liquidität verliehen hat, wäre der eigene Schaden offensichtlich. Vielmehr würde die EZB in einer solchen Situation auf eine „Rettung“ des betroffenen Instituts drängen, um die eigene Bilanz zu schonen.

Die EZB verheddert sich immer mehr in der falschen Rettungsschirmpolitik. Aus einem am Anfang bilateralen Kredit für Griechenland ist ein verworrenes Rettungs-Konglomerat von EFSF, ESM, KfW, OMT, SMP, LTRO, ELA, TARGET usw. geworden. Drei Jahre nach Offenbarung der Euro-Krise hangeln sich die Staaten der Eurozone von Rettungsanker zu Rettungsanker. Wir sollten endlich den Mut fassen für einen echten Kurswechsel.

Denkmalschutzsonderprogramm

Auch in diesem Jahr habe ich mich im Haushaltsausschuss wieder für die Restaurierung und Erhaltung wichtiger Kulturdenkmäler im Wahlkreis eingesetzt. Die Mühen haben sich gelohnt: insgesamt fließen 869.900 Euro in die Sanierung von neun Denkmälern im Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg.

Im Altkreis Limburg wird das ehemalige Pächterhaus der Domäne Blumenrod mit 129.000 Euro gefördert. Das Pächterhaus soll zu einer Tagespflegeeinrichtung umgebaut werden – eine gelungene Symbiose vom Erhalt

eines historisch bedeutsamen Gebäudes mit einem praktischen Nutzen für die Gegenwart.

Die Alte Turnhalle in Hadamar soll zukünftig das Herzstück des Erlebnismuseums für Musik „PhänoMusica“ werden, ein Projekt, das ich aus voller Überzeugung unterstütze, denn es soll Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Musik näherbringen. Dass neben der kulturellen Bildung auch noch die historische Turnhalle wieder zu neuem Leben erweckt wird, ist ein tolles zusätzliches i-Tüpfelchen. Die Restaurierung der 1902 erbauten Turnhalle wird mit 112.500 Euro unterstützt.

Die WERKStadt in Limburg ist bereits jetzt eine Erfolgsgeschichte, die ich schon seit Beginn begleite und fördere, weil ich finde, dass es eines der wenigen Beispiele dafür, wie man nicht nur ein Industriedenkmal am Leben erhält, sondern wie es außerdem ermöglicht wird, den Trend der Abwanderung auf die grüne Wiese zu stoppen. Der nun geplante zweite Bauabschnitt soll die Anbindung über den Bahnhofsvorplatz an die Fußgängerzone und die Altstadt verbessern. Die Umnutzung und Sanierung der ehemaligen Verwaltungsgebäude und der Lehlingswerkstatt werden mit 100.000 Euro bezuschusst.

70.000 Euro wurden für die Instandsetzung und Restaurierung des ehemaligen Bürgerhospitals in der Limburger Hospitalstraße bewilligt. Nachdem das Gebäude zwei Jahre leer stand, soll nun nach der Instandsetzung mit dem Standesamt und dem Amt für soziale Betreuung wieder eine sinnvolle Nutzung herbeigeführt werden. Der schlichte, aber harmonische Hospitalbau gehört zu den wenigen Barockbauten Limburgs. Das Hospital zeigt eine schöne Kontinuität der Architekturgeschichte Limburgs.

Die historische Fleckenmauer in Kirberg ist stark sanierungsbedürftig. Die lange Geschichte der Burg in Kirberg macht deutlich, dass Denkmalschutz nicht nur für den Tourismus wertvoll ist, sondern auch für die Bewohner selbst. Kirberg ist dafür ein hervorragendes Beispiel, bei dem sich eine Schar rüstiger Rentner, die sogenannten „Burgmänner“ ehrenamtlich und unentgeltlich um den Erhalt der Burg kümmern. Damit ist die Bewilligung der

Bundesförderung in Höhe von 50.000 Euro auch gleichzeitig eine schöne Anerkennung für die Arbeit der „Burgmannen“.

In Merenberg steht eine der ältesten Kirchen im Kreis: die Appenkirche. Die Appenkirche hat Probleme mit der Dichtigkeit und auch leider mit dem Dachstuhl. Außerdem hat der Steinfußboden massive Löcher, die problematisch für die Besucher sind. Die Restaurierung der Kirche ist daher unumgänglich. Der Bund unterstützt die Sanierung mit 75.000 Euro.

Die Synagoge in Beselich-Schupbach ist eine der wenigen Synagogen im Landkreis Limburg-Weilburg, die die Pogrome der "Reichskristallnacht" unbeschadet überstanden hat. Seit Februar 2010 gibt es den Förderverein Ehemalige Synagoge Schupbach e.V., welcher sich für den Erhalt der Synagoge einsetzt. 2011 beschloss die Gemeindevertretung der Gemeinde Beselich einstimmig, die Synagoge zu erwerben. Die Synagoge soll künftig als Stätte der Besinnung genutzt werden. Das Ziel der dringend notwendigen Restaurierung ist die Erhaltung des Gebäudes und der Ausstattungsdetails wie beispielsweise Bodenbeläge, Treppen, Fenster und Türen. Der Bund fördert die Sanierung mit 60.000 Euro.

23.400 Euro bekommt die Abteikirche St. Hildegardis in Rüdesheim-Eibingen. Das Kloster der Benediktinerinnenabtei ist bereits seit einigen Jahren stark sanierungsbedürftig und hat die Förderung dringend nötig, um die historische Bausubstanz zu erhalten.

Die Familie Eltz ist prägend für den Stil von und in Eltville. Die mittlerweile 33. Generation hält die Familientradition aufrecht und ist im Stadtbild von Eltville auch durch den Eltzer Hof nicht mehr wegzudenken. Diese historische Bedeutung hat auch der Bund erkannt und fördert die Sanierung des Anwesens in Eltville mit 250.000 Euro.

Bahnlärm im Mittelrheintal

Im Hinblick auf den Bahnlärm im Mittelrheintal gab es in letzter Zeit weitere positive Entwicklungen. Ein besonders wichtiger Schritt war die endgültige Zulassung der neuen LL-

Bremssohle für Güterwaggons. Damit gibt es nun ein verlässliches und deutlich leiseres Bremssystem für die 180.000 Waggons, die in Deutschland auf der Schiene sind. Die Umrüstung wird etwa 300 Millionen Euro kosten und soll nach Wunsch von Politik und Bahn bis 2020 vollständig abgeschlossen sein. Dadurch wird nun in der Praxis das lärmabhängige Trassenpreissystem „scharf“ geschaltet, da ein leiseres Bremssystem zugelassen ist. Die Umrüstung wird dadurch auch für die Unternehmen interessant, denn laute Züge werden ab sofort höhere Trassenpreise zahlen müssen als leise.

Darüber hinaus konnte durch einen erneuten Beschluss im Haushaltsausschuss, in dem ich Obmann meiner Fraktion bin, die 21,7 Millionen Euro aus dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm 2 (IBP2) für den Lärmschutz im Mittelrheintal umgeschichtet und gerettet werden. Die Mittel drohten, für den Lärmschutz verloren zu gehen, da die Deutsche Bahn AG die Gelder nicht wie geplant im Jahr 2013 schon verbauen konnte, was dazu geführt hätte, dass die Mittel für den Lärmschutz nicht mehr nutzbar gewesen wären. Das konnte durch einen Beschluss nun verhindert werden, sodass die Mittel weiterhin vollumfänglich in unser Mittelrheintal fließen werden. In einigen Bereichen des Mittelrheintals ist die Ausschreibung für den Einbau zusätzlicher Isolierstöße schon erfolgt, sodass erste spürbare Ergebnisse aus dem Programm bald folgen werden. In Rüdesheim ist die Ausschreibung für den Einbau von Schienenstegabschirmungen aus diesem Sonderprogramm bereits in der Vorbereitung.

Der gefährliche Güterzugunfall im Mittelrheintal vom vergangenen Wochenende, bei dem Gott sei Dank keine Personen zu Schaden kamen, zeigt ganz deutlich: das Mittelrheintal ist ungeeignet für ein derart hohes Güterverkehrsaufkommen auf der Schiene. Ich habe dem Vorstandsvorsitzenden der DB Rüdiger Grube bezüglich des Unfalls einen Brandbrief geschrieben und rasche und vollumfängliche Aufklärung der Unfallursachen und des Krisenmanagements gefordert. Es hat sich durch den Unfall jedoch wieder ganz deutlich gezeigt, dass langfristig Alternativtrassen zum

Mittelrhein gefunden werden müssen, gerade weil das Verkehrsaufkommen innerhalb Europas in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Kurzfristig werden wird dem Lärm und den Erschütterungen mit einer Mischung aus Maßnahmen an der Quelle, wie den LL-Sohlen, und aktiven Schallschutzmaßnahmen aus dem IBP2, wie Schienenstoßdämpfern und Schienenstegabschirmungen, beikommen müssen.

Die nächste Sitzung des Projektbeirates ‚Leiseres Mittelrheintal‘ wird am 17. Juni bei uns in Rüdesheim stattfinden. Dort werde ich mich im Dialog zwischen Bürgerinitiativen, Politik und Deutscher Bahn weiter für eine Bekämpfung des Bahnlärms in unserer Heimat einsetzen.

60 Jahre Volksaufstand in der DDR

Im Juni 1953 traten die Arbeiter in über 700 Städten und Gemeinden der damaligen DDR und Ost-Berlin in den Streik. Aus den anfänglichen Protesten gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen entwickelte sich ein Volksaufstand für Freiheit und Demokratie, der am 17. Juni seinen Höhepunkt fand. Entgegen der kommunistischen Propaganda befanden sich die Menschen in Ost-Berlin, Leipzig oder Magdeburg nicht in einem sozialistischen Arbeiter- und Bauernparadies, sondern in einer kommunistischen Parteidiktatur nach sowjetischen Muster. Den friedlichen Demonstranten stellten sich allein in Berlin sehr schnell etwa 600 sowjetische Kampfpanzer entgegen. Hier hat die DDR ihre Maske fallen lassen. Für 55 Demonstranten endeten die Demonstrationen nach Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung tödlich. Fünf Opfer wurden standrechtlich erschossen.

Lange Jahre war der 17. Juni in der Bundesrepublik ein nationaler Gedenktag und sogar gesetzlicher Feiertag. Mit dem Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung wurde der 3. Oktober zum gesamtdeutschen Nationalfeiertag. Der 17. Juni blieb zwar weiterhin nationaler Gedenktag, geriet aber zunehmend in Vergessenheit. Es ist wichtig, an diesen wichtigen Tag in unserer jüngeren Geschichte zu

gedenken. Daher habe ich zwei Gedenkveranstaltungen in meinem Wahlkreis organisiert.

Am Sonntag, 16. Juni wird es in Bad Schwalbach eine gemeinsame Veranstaltung der CDU-Rheingau-Taunus und der CDU-Bad Schwalbach geben, die von unserem CDU-Bürgermeisterkandidaten Wolfgang Kreher moderiert wird. Als Zeitzeugen nehmen an der Runde der frühere Landtagsabgeordnete Roland Rösler, der als damals 9-Jähriger in Merseburg und Halle die Ereignisse erlebte, sowie der frühere Bad Schwalbacher Bürgermeister Günter Janisch, der - damals 13-jährig - in Moabit in Westberlin wohnte und von der dortigen Stimmungslage berichtet, teil. Ich steuere Erinnerungen an Gedenkveranstaltungen der Jungen Union, wie z. B. eine Demonstration in Bad Schwalbach zum 30. Jahrestag 1983, bei. Die Gedenkveranstaltung findet von 11.30 Uhr bis 13.00 Uhr in der Stadthalle in Bad Schwalbach statt. Anschließend wird an dem Gedenkstein am Schmidtberg ein Kranz niedergelegt.

Am 17. Juni wird es am Berlin-Denkmal unweit der Alten Lahnbrücke in Limburg eine weitere Gedenkveranstaltung geben. Die Veranstaltung beginnt um 9 Uhr. Ich werde in einer Rede die Bedeutung des Volksaufstandes thematisieren. Anschließend wird ein Gedenkkranz niedergelegt und die deutsche Nationalhymne gesungen.

Ich würde mich über rege Teilnahme an den Veranstaltungen freuen.

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.